Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (WM/JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. "Ich würde Andi Scheuer nicht mal zum Kaffeekochen einstellen"
2. Die Stagnation
3. Erfolg für Friedensbewegte
4. Korruption, Ausbeutung und Arbeitsunrecht – die Profiteure der Corona-Krise
5. Steuerparadiese und Kapitalflucht
6. Yellen wirbt für globale Mindeststeuer auf Unternehmensgewinne
7. Kohle nur noch für die Pflege
8. Arbeitnehmerrechte sind keine Jobkiller
9. Erntehelfer:innen ohne Krankenversicherung?
10. Spahns Pflegepläne bescheren Deutschland eine 90-Milliarden-Euro-Lücke
11. Wiener Verwaltungsgericht stellt sich gegen das Corona-Regime – und keinen interessiert es
12. Maas will mit der US-Regierung eine Zensurallianz für soziale Medien schmieden
13. »Das ist eine Art Zwei-Klassen-Justiz«
14. Leise Hoffnung auf Deeskalation zwischen USA und Iran
15. Mitte-Links-Opposition in Chile bündelt Kräfte
16. Menschenrechtslage stark verschlechtert
17. Stuttgart und der "Angriff auf die Pressefreiheit"
18. Deutschland – verraten und verkauft

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **"Ich würde Andi Scheuer nicht mal zum Kaffeekochen einstellen"**
   Der Linken-Politiker Fabio de Masi ist über Parteigrenzen hinweg als Finanzexperte und Korruptionsaufklärer angesehen. Bald verlässt er den Bundestag. Mit einigen Kollegen geht er hart ins Gericht.
   (…) Es soll nicht generell verboten werden, sich in einem Bereich zu engagieren, wo man sich auskennt. Wir brauchen aber klare Regeln, um Interessenkonflikte zu vermeiden. Dazu zählen auch hinreichende Abkühlphasen für ehemalige Politiker, die in der Privatwirtschaft tätig werden.

Welche Maßstäbe sind es denn, die Sie an sich und andere anlegen?
Ich besitze etwa keine Aktien. Nicht weil ich gegen Aktienbesitz bin. Aber Abgeordnete wie ich erhalten Insider-Informationen. Und für Abgeordnete und Mitarbeiter von Ministerien gibt es keine hinreichenden Regeln, Insider-Handel zu unterbinden.
Also müssten Abgeordnete aus Ihrer Sicht auch Aktienbesitz offenlegen?
Ja, Abgeordnete müssen derzeit nur größere Unternehmensbeteiligungen anzeigen. Sie dürfen sogar Spenden von Dritten annehmen. Der Bundestag wird unter anderem deswegen immer wieder vom Europarat gerügt.
Wie verbreitet sind denn solche Investments im Bundestag?
Wir sehen ja, was zu den Maskendeals herausgekommen ist. Ich vermute deswegen, dass es ein paar Leute im Parlament gibt, die versuchen mit Aktien politische Entscheidungen zu vergolden…
Die Diät als Abgeordneter darf aber nicht das Taschengeld obendrauf sein. Nebeneinkünfte sollten auf Heller und Cent offengelegt werden. Derzeit sind Abgeordnete eine Black Box!…
Wäre Ihre Idealvorstellung also der gläserne Abgeordnete?
Auch Abgeordnete haben natürlich Anspruch auf Privatsphäre. Das Ziel ist Transparenz hinsichtlich der Finanzen. Das hängt mit der besonderen Vertrauensstellung für Abgeordnete zusammen…
(…) Im Untersuchungsausschuss zu Wirecard haben sie es mit milliardenschwerem Bilanzbetrug zu tun. Welche Rolle spielten die Kontakte in die Politik?
Wirecard war eine Illusionsfabrik. Gewinne und Umsätze wurden erfunden… Etliche frühere Politiker wie Herr Guttenberg, Herr von Beust und Herr Carstensen haben für Wirecard Klinken geputzt – etwa bei der Liberalisierung des in Deutschland außerhalb von Schleswig-Holstein illegalen Online-Glücksspiels. In diesem Hochrisikobereich für Geldwäsche und Organisierte Kriminalität hat Wirecard Zahlungen abgewickelt.
Der Wirtschaftsrat der CDU wurde von Wirecard gesponsert. Und in Österreich soll Ex-Chef Markus Braun die ÖVP finanziert und der flüchtige Manager Jan Marsalek enge Kontakte zur FPÖ gehabt haben.
Wir erhalten sehr viele Zuschriften von Lesern, die sehr enttäuscht sind von den Vorgängen, die derzeit öffentlich werden. Ist man sich im Bundestag bewusst, wie viel Vertrauen verloren geht?
Ich glaube, es gibt viele Abgeordnete, die das Problem sehen. Es gibt aber auch einige, die glauben, Politik sei ein Investment in den persönlichen Aufstieg. Denn wir sind ja täglich umgeben von Leuten, die noch viel mehr als wir verdienen.
Wie meinen Sie das?
In der Politik ist es wie im Fußball. Wer Erfolg hat ist schnell auch von dubiosen

Gestalten umgeben…
Quelle: t-online

2. **Die Stagnation**
   Deutschland ist ein ungleiches Land – das bezweifelt heute niemand mehr. Dass DIE LINKE daran etwas ändern könnte, wird ihr allerdings kaum zugetraut. Über eine Partei auf Identitätssuche.
   Ob die Probleme der LINKEN sich durch die jüngst gewählte Führung aus Susanne Hennig-Wellsow und Janine Wissler lösen lassen, ist noch offen. Sie übernehmen die Partei in schwieriger Lage und haben in jedem Fall eine Chance verdient. Weder die mangelnde Kompetenz ihrer bisherigen Führung noch der Niedergang der industriellen Arbeiterklasse können die Probleme der LINKEN zu genüge erklären. Vielmehr kristallisiert sich die Erschöpfung des politisch-geschichtlichen Moments heraus, der die Partei ihre Entstehung verdankt.
   DIE LINKE ist als erste gesamtdeutsche Partei links von Sozialdemokratie und Bündnisgrünen eine Spätfolge der Umbrüche von 1989. In den neuen Bundesländern entstand und hielt sich die PDS unter anderem auch, weil die SPD sich entschied, keine vormaligen SED-Mitglieder aufzunehmen. Sie stand gegen den Radikalumbau und -abbau von Strukturen des Staatssozialismus, die Privatisierungspolitik der Treuhandanstalt und die Missachtung vieler ostdeutscher Biographien. Mit dem Ende des Staatssozialismus fielen gleichzeitig die letzten Hürden gegen die Verwandlung der SPD in eine Partei des »Dritten Weges«, die ihren Höhepunkt 2003 mit Gerhard Schröders »Agenda 2010« erreichte. Die Gründung der LINKEN entstand daraufhin als Reaktion. Sie hatte dabei auch die in den 2000er Jahren aufgeblühten globalisierungskritischen Bewegungen, die Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV und weitere anti-neoliberale Proteste, etwa gegen Studiengebühren, im Rücken.
   Die heutige Konstellation wird aber schon eine ganze Weile nicht mehr vom weltpolitischen Einschnitt, der sich nach 1989 vollzogen hat, geprägt, sondern von den Umbrüchen ab dem Jahr 2008. Seitdem in Folge der globalen Finanzkrise der neoliberale politische Block in Deutschland auseinanderbrach, taugt der Kampf gegen Sozialabbau, Privatisierungen und Rückbau an Arbeitnehmerrechten nicht mehr als einigende Klammer für ansonsten durchaus heterogene politische Gruppierungen, die zusammen die Mitgliederschaft der LINKEN stellen.
   Quelle: Alban Werner auf Jacobin.de
3. **Erfolg für Friedensbewegte**
   Bundesweite Ostermärsche bringen Zehntausende gegen Krieg und Aufrüstung auf die Straße. Organisatoren ziehen positive Bilanz
   Mit einem vehementen Aufruf für Abrüstung und Frieden sind die diesjährigen Ostermärsche zu Ende gegangen. Die traditionellen Proteste der Friedensbewegung

standen zum zweiten Mal in Folge unter dem Eindruck der Coronapandemie. Trotz der Beschränkungen des Versammlungsrechtes, zu dem es mancherorts aufgrund steigender Infektionszahlen mit dem gefährlichen Virus gekommen war, zog das »Netzwerk Friedenskooperative« in einer am Montag veröffentlichten ersten Stellungnahme »eine positive Bilanz« der Ostermärsche. In mehr als 100 Städten hätten über Ostern Aktionen für Frieden, Abrüstung und Gerechtigkeit stattgefunden. Inhaltlich dominiert worden seien die Proteste in diesem Jahr von Forderungen nach der Senkung der Rüstungsausgaben, dem Beitritt zum UN-Atomwaffenverbot, dem Stopp von Rüstungsexporten sowie einer Umverteilung staatlicher Mittel in zivile Bereiche, für bessere medizinische Versorgung, Bildung und soziale Gerechtigkeit. (…) Auch die vielen regionalen und lokalen Veranstalter der Ostermärsche berichten von überraschend hohen Teilnehmerzahlen…
Quelle: junge Welt

4. **Korruption, Ausbeutung und Arbeitsunrecht – die Profiteure der Corona-Krise**
Der Publizist und Sozialphilosoph Dr. Werner Rügemer berichtet im RT DE-Interview über die Hintergründe der Profitmaximierung in Corona-Zeiten. Was sind die Vorausetzungen dafür und wie werden Profiteure aktuell begünstigt?
(…) Die “Maskendeals” sind nur das mediengängige Gekräusel an der Oberfläche. Aber nach den geltenden Gesetzen sind solche Geschäfte und solche Formen der Selbstbereicherung zulässig: Deutsche Abgeordnete dürfen ganz legal gleichzeitig Unternehmer, Unternehmenslobbyisten, hochverdienende Wirtschaftsanwälte und auch gleichzeitig Mitglieder mehrerer Unternehmens-Aufsichtsräte sein, dürfen Briefkastenfirmen in Finanzoasen gründen, dürfen “Nebeneinkünfte” haben, die ein Mehrfaches der hohen Abgeordneten-Diäten betragen. Dafür haben im Bundestag vor allem die Parteien CDU, CSU und FDP gesorgt: Sie werden seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland ganz legal von großen privaten Unternehmen wie BMW und Siemens und der Deutschen Bank dauerfinanziert. Insbesondere CDU, CSU und FDP sind legalisierte Unternehmer-Parteien.
Deshalb: Die paar Milliönchen, die das schmutzige halbe Dutzend CDU- und CSU-Abgeordneter jetzt bei den Maskendeals verdient haben, sind nur Peanuts im Vergleich zu den Dauer-Gewinnern der von der Unternehmerlobby bestimmten Politik – CDU, CSU und FDP sind ihr wichtigster parlamentarischer Arm. Aber auch SPD und Grüne, wenn sie in der Regierung sind, trugen und tragen das mit.
Kommen wir zum Gesundheitsbereich: Diese Parteien haben ihn seit den 1990er Jahren privaten Investoren ausgeliefert. Die Investoren haben öffentliche Krankenhäuser aufgekauft und daraus private Ketten gebildet: Rhön-Kliniken, Fresenius, Asklepios sind die größten. Zehntausende Arbeitsplätze von Pflegern wurden abgebaut, die verbliebenen Pfleger werden schlecht bezahlt, teilweise sind es

Leiharbeiter.
Gleichzeitig wird die teure Apparatemedizin gefördert, die von Privatunternehmen geliefert wird. Möglichst viele Dienste wie Reinigung, Essensversorgung, innerhäusige Transporte, Wäsche, Dokumentation, Reparaturen, Sicherheit sind an Subunternehmer mit Niedriglöhnen ausgelagert. Auch Altenheime, Pflege- und Labordienste wurden in private Ketten integriert. So hat etwa der "Heuschrecken"-Investor Waterland im letzten Jahrzehnt 120 Reha-Kliniken zusammengekauft, mithilfe von McKinsey die Median-Kette gebildet und wirbt Billigpfleger aus Osteuropa an.
Insgesamt werden die privaten Gewinne gnadenlos abgeschöpft. In diesem unhygienischen Normalbetrieb sterben jährlich mindestens 20.000 Patienten durch Infektionen, die erst im Krankenhaus verursacht werden – aber das hat die Corona-Gesundheitsapostel wie Merkel, Spahn, Söder, Laschet und Chef-Virologen wie Drosten nie gestört.
(…) Ungleich mehr als die Maskendealer verdienen die von der Bundesregierung beauftragten privaten Beratungskonzerne. Für sie haben Merkel & Co im Pandemie-Jahr die Ausgaben verdoppelt, auf 433 Millionen Euro. Ein Profiteur war etwa die bekannte Wirtschaftsprüfungsfirma Ernst & Young (EY)…
(…) Die EU-Oberen wie die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen spielen sich gegenüber Russland und China als Menschenrechtler auf, aber fördern selbst millionenfache, ausbeuterische Verletzungen von Menschenrechten – schon vor und verstärkt mit Corona.
Quelle: RT

5. **Steuerparadiese und Kapitalflucht**
"Ich glaube, dass Banken gefährlicher sind als Armeen" (ehemaliger US-Präsident Thomas Jefferson)
Die Macht und der Reichtum der größten Banken und Finanzinstitute ist eines der am wenigsten beachteten Themen in der Gesellschaft. Sie sind Teil eines ausbeuterischen Finanzsystems, dessen Folgen genauso schlimm sind wie Kriege und das zu Tod, Hunger, Armut, Unterernährung und Krankheit in großem Ausmaß beiträgt. Obwohl wir seit der Krise von 2007 ein größeres Verständnis für die Probleme haben, die unethische Finanziers verursachen können, wird immer noch wenig darüber gesprochen, wie Banken riesige Mengen an Reichtum aus armen Ländern herausziehen.
(…) Der Diebstahl des Reichtums einer Nation ist eine äußerst bedeutende Quelle für Armut. Anführer aus armen Ländern transferieren Geld auf Bankkonten anderswo. Dies ist als Kapitalflucht bekannt. In diesem Zusammenhang ist Kapital nur ein anderes Wort für Geld. Als 1979 Inspektoren untersuchten, was aus dem Geld

geworden war, das Nicaragua geliehen worden war, stellten sie fest, dass drei Viertel davon schnell gestohlen und vom herrschenden Diktator im Ausland deponiert worden waren. Es wird angenommen, dass ein ähnlicher Anteil aller Kredite an Südamerika gestohlen wird.
(…) In einer leicht ironischen Wendung sagte eine der Personen, die große Mengen an Geld aus ihrem Land gestohlen haben, Imelda Marcos, die Frau des ehemaligen Präsidenten der Philippinen, einmal über Schweizer Banken: “Es war sehr einfach, dort Geld anzulegen. Aber es war unmöglich, es herauszunehmen.“
Quelle: